

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Amt Norden 2393 und 2396.

Interests kosten die achtzehnjährigen Nonnenvereine über deren Namen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“ des festbedruckten Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leertext 10 Pf., 10 Pf. Familien- und Veranlassungsanzeigen 10 Pf. der Zuschlag fest. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen das System der Gewalt!

Genossen und Genossinnen!

Die Politik der Regierung wird von Tag zu Tag arbeiterfeindlicher. Die militärische Nebenregierung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division herrscht mit unbefränkter Machtvollkommenheit. Tausende von Personen, zum größten Teil Arbeiter und Arbeiterinnen, werden verhaftet, Hunderte sind grausam hingerichtet, wehrlose Gefangene roh mißhandelt worden. Streikende Arbeiter werden mit Maschinengewehren unter Entziehung der Lebensmittel bedroht. Streikbrecher werden von der Regierung gebildet, um das Streikrecht, das elementarste Recht der Arbeiter, für das sie ohne Unterschied der Parteianschauungen seit Jahrzehnten gekämpft haben, niederzuknütteln.

Der Boden des Gesetzes wird mit vollem Bewußtsein verachtet. Der Belagerungszustand wird über immer weitere Gebiete verhängt. Die Klassen der Bevölkerung werden mit verschiedenem Maße gemessen. Den Bürgerlichen und den Offizieren wurde in Berlin erlaubt, auf den Straßen Demonstrationen zu veranstalten. Die Arbeiter dagegen werden in der Ausübung ihres Versammlungsrechts verhindert. Noch niemals im Deutschen Reich, selbst unter dem reaktionärsten Regime des alten Kaiserthums nicht, sind die Arbeiter so verächtlich behandelt worden.

Gegen dieses brutale System müssen die Arbeiter überall im Deutschen Reich in wuchtigen Versammlungen protestieren. Wir fordern Euch auf, Genossen und Genossinnen, sofort an die Veranstaltung dieser Versammlungen heranzutreten. Auch die Frauentagsversammlungen müssen in diesem Sinne ausgenutzt werden.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Keine Menschlichkeit, keine Sentimentalität!

Der „Kosak-Anzeiger“ hat einen Vertreter der Reichsregierung, der leider nicht mit Namen genannt wird, darüber ausgefragt, was von den Gerüchten von neuen großen Unruhen in Berlin zu halten sei und darauf folgenden Bescheid erhalten: Die Regierung sei über alle Vorgänge auf das genaueste unterrichtet und auf alle Eventualitäten hinlänglich vorbereitet. Sie würde mit rücksichtsloser Schärfe eine solche Bewegung niederschlagen. Auch die Übergriffe der Regierungstruppen und anderer Organe würden in keiner Weise eine Milderung der Maßnahmen herbeiführen. Der Regierungsdirektor behauptete dann, daß sich in bürgerlichen Kreisen, besonders unter den Maleen, ein gewisses spartakistisches Kollektieren zeige. „Aber“, so sagte er: „Bei unseren Maßnahmen darf nicht die Menschlichkeit sprechen, auch nicht die Kunstliebe, sondern nur nüchterne Vernunft.“ Der Regierungsdirektor schloß mit folgender Drohung: „Die Reichsregierung wird keine Sentimentalität zeigen. Zur Illustration ihrer Stellungnahme dient ja ihr heutiger Erlaß.“

Die Arbeiterschaft weiß längst, daß sie von einer Regierung, in der ein Kosak den Krieg der weißen Gardien gegen das Proletariat organisieren darf, weder Menschlichkeit noch Sentimentalität zu erwarten hat. Sie wird sich aber nicht abhalten lassen, den Kampf für ihre Befreiung aus dem kapitalistischen Joch so zu führen, wie es die Notwendigkeit erfordert. Die Kanonen, Minenwerfer und Maschinengewehre sollen den Koskagarden als Kampfmittel belassen werden. Die Arbeiterschaft kann, wenn sie will, ein tausendfach stärkeres Kampfmittel anwenden, das ist die Verfassung über ihre Arbeiterkraft. Wenn sie von diesem Kampfmittel Gebrauch machen will, das wird sie selbst bestimmen, sie wird sich von der Regierung nicht provozieren lassen. Denn die Arbeiter wissen, daß der Tag der Abrech-

nung auch für die Gewalttätiger von heute kommen wird; anders als Koske und seine Gelfiederverwandten in der Regierung wird dann das Proletariat die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Essen, 1. April.
Soweit sich die Lage jetzt übersehen läßt, hat die Streikauflösung der Spartakiden nur geringen Erfolg gehabt. Die größte Zahl der Ausständigen ist im Dortmund und Wittenener Bezirk, von wo die Bewegung ihren Ausgang genommen hatte. Im Oberhaufener Bezirk ist nur die Zeche Röhberg ausständig. Auf den Zechen Gewerkschaft Deutscher Kaiser und in Gomborn wird überall gearbeitet. In den Bezirken Altendorf, Werden und Hattingen sind die Zechen Gottfried, Wilhelm und Victoria, im Essener Bezirk die Zechen König Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Zeche Hercules, wo die Belegschaft gestern ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden. Ebenso arbeiten die Belegschaften der Zechen Langenbräun und Königin Elisabeth. Im Recklinghauser Gebiet sind die Belegschaften der Zechen Augusta Victoria und König Ludwig ausständig. Zu Unruhestörungen ist es nirgends gekommen.

Bochum, 1. April.
Am hiesigen Bezirk hat die Streikbewegung an Ausdehnung gewonnen. Neu in den Streik eingetreten sind folgende Zechen: Friedrich der Große, von der Seydt, Julia und Alma. Infolge der Gasverre konnten die Volkshäfen in Bochum schon heute mittag kein Essen mehr verabfolgen. Wenn der Streik auf der Zeche Sibirien noch anhält, wird Bochum in den nächsten Tagen auch ohne elektrisches Licht und elektrische Kraft sein, da das Elektrizitätswerk Westfalen von Sibirien mit Licht und Kraft versorgt wird.

Die Zukunft Danzigs.

Paris, 1. April. (Reuter.)
Die Frage des zukünftigen Schicksals Danzigs ist noch ungelöst. Wahrscheinlich wird die Frage so gelöst werden, daß die Stadt Danzig und die Bahn, die sie mit dem polnischen Eisenbahnsystem verbindet, internationalisiert werden oder daß darauf das Mandatssystem Anwendung findet.

Arbeiterräte in Böhmen.

Wien, 1. April.
Nach einer Prager Meldung der Blätter fand dort eine sozialdemokratische Massenversammlung statt, in der beschlossen wurde, überall Arbeiterräte zu bilden und den Kampf um die Diktatur des Proletariats aufzunehmen.

Die Unruhen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 1. April.
Bei den gestrigen Unruhen wurden, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, 11 Personen getötet, darunter 7 Plünderer. Von den Polizeitruppen fielen 2 Mann, ein dritter wird vermißt; auf Seiten der Matrosen wurden 2 getötet und 7 schwer verletzt. Bis jetzt wurden über 20 sehr schwer verletzte Plünderer den Krankenhäusern zugeführt. In den frühen Morgenstunden wurde das große Lebensmittelgeschäft Böde u. Baumgarten von Plünderern heimgesucht, denen 200 Feinener Butter, 70 000 Eier und 100 Feinener Fett in die Hände fielen.

Frankfurt a. M., 1. April.
Nach verhältnismäßiger Ruhe während des Vormittags wurden heute mittag nach 12 Uhr neue Ausschreitungen verübt, die wiederum in der Altstadt begannen. In der Allerheiligenstraße versuchte der Mob, in Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien einzudringen, um zu plündern. Die gesamten zur Verfügung stehenden Polizeikräfte rückten den Plünderern sofort entgegen. Die Kämpfe sind zur Zeit noch im Gange.

Frankfurt a. M., 1. April.
Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums verfügt Straßensperre ab 7 Uhr abends. Autos, Taxen und Bierkästen müssen bereits um 6 Uhr schließen. Um den Verkauf geistlichen Gutes zu verhindern, wird der Straßenhandel, der sonst üppig blühte, verboten. Der Waffen trägt, wird als Plünderer betrachtet und bestraft. Die gefährdeten Gegenstände wurden von Polizeitruppen, die mit Gasgranaten ausgerüstet sind, abgesperrt.

Patrioten!

Von H. v. Gerlach.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ läßt sich unter dem 29. März aus Flensburg telegraphieren:

„Die Flensburger Handelskammer hatte mit einem rein wirtschaftlichen Auftrage eine Abordnung nach Kopenhagen geschickt, die von dem Flensburger Kommerzienrat Hübsch geführt wurde. In der dänischen Hauptstadt wurden die Flensburger Vertreter von allen Parteien empfangen. Dabei soll Kommerzienrat Hübsch erklärt haben, daß die Stimmung in Flensburg stark umgeschlagen sei und man damit rechnen könne, daß in Flensburg allgemein der Wunsch auf Anschluß an Dänemark bestünde.“

Die Flensburger Handelskammer rückt in einem entristeten Protest „auf das entschiedenste von der Tätigkeit der drei Herren ab, vorurteilt aufs schärfste die Aeußerungen und bedauert tief das eigenmächtige, unverantwortliche Vorgehen der Abordnung über den ihr anvertrauten Auftrag hinaus.“

Aus dieser scharfen Sprache der Flensburger Handelskammer müßte man schließen, es handele sich bei der Handlungsweise der drei Flensburger Herren in Kopenhagen um etwas für Flensburg ganz Unerhörtes. Nun liegt mir aber eine Eingabe vor, die am 22. Januar aus Flensburg abgegangen ist, und die Unterschrift von 104 zum Teil sehr bekannten Firmen trägt. Diese Eingabe lautet:

„Angesichts der nahegerückten Möglichkeit, daß die neue deutsch-dänische Grenze ohne Abstimmlung und dann direkt nördlich und westlich von Flensburg festgelegt wird, und in Anbetracht der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung das Wilsonprogramm als Friedensgrundlage anerkennt und Wilson selbst sein Programm so ausgelegt hat, daß durch das Selbstbestimmungsrecht bestehende wirtschaftliche Zusammenhänge nicht zerrissen werden sollen, bitten die unterzeichneten handelsgerichtlich eingetragenen Firmen die beteiligten Mächte, insonderheit die deutsche und dänische Regierung, darauf hinzuwirken zu wollen, daß, sofern die bisherige Grenze nach Süden verschoben wird, dieselbe nicht hart an Flensburg vorbeie, sondern soweit südlich der Stadt als möglich geführt wird, damit die Stadt ihre Existenzfähigkeit behalten kann. Wir sind davon überzeugt, daß eine Grenzlinie Wasserleben-Padburg-Tondern die Lebensbedingungen der Stadt untergraben würde.“

Daß bei dem kommenden Friedensvertrag die bisherige Grenze zwischen Dänemark und Preußen nach Süden verschoben wird, ist selbstverständlich, nachdem wir das Wilsonprogramm und damit das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt haben. Die in Nordschleswig kompakt zusammenlebenden Dänen wollen zu Dänemark gehören. Die dänische Regierung und das deutsche Auswärtige Amt haben sich unter der Hand bereits über die Linie verständigt, die am zweckmäßigsten die künstliche Grenze bildet; nördlich von ihr gibt es fast nur Dänen, südlich von ihr fast nur Deutsche. Es ist das die Linie, gegen die die 104 Patrioten in ihrer Eingabe vom 22. Januar protestieren.

Die dänischen Chauvinisten hegen gegen die vernünftige Mäßigung ihrer radikalen Regierung, die es nicht nach überwiegend deutschem Gebiet und damit nach einer deutschen Irredenta innerhalb Dänemarks gelüftet. Sie möchten am liebsten ganz oder doch fast ganz Schleswig haben. Und nun kommen die 104 handelsgerichtlich eingetragenen Firmen Flensburgs und liefern den dänischen Chauvinisten die schneidendsten Waffen gegen ihre eigene Regierung.

Flensburg ist eine fast rein deutsche Stadt. Die 104 Unterzeichner der Eingabe vom 22. Januar sind auch fast ausnahmslos Deutsche. Und zwar dieselben liberalen Deutschen, die während des Krieges jeden pazifistischen Demokraten meiner Richtung als Nießmacher, wenn nicht gar Vaterlandsverräter zu kennzeichnen pflegten. Solange sie glaubten, daß es Deutschland gut gehe, konnten sie nicht laut genug Hurra schreien, nun aber, wo es Deutschland schlecht geht, möchten sie sich in die rettenden Arme des Auslandes flüchten.

Sie wünschen, die Grenze möglichst weit nach Süden vorgeschoben zu sehen, also am liebsten wohl bis zum Nordostsekanal hin. Diesen Wunsch auf möglichste Verkleinerung Deutschlands übermitteln sie nicht nur der dänischen Regierung und den Alliierten, sondern auch der deutschen Regierung. Gemütskuriositäten!

Die Hensburger Handels- und Industrieherrn, die zu Dänemark wollen, sind fast ausnahmslos keine Dänen. Sie sind Deutsche — dem Namen und der Sprache nach. In Wahrheit sind sie national geschlechtslose Kapitalisten. Ubi bene, ibi patria! Sie haben sich früher über die vaterlandslose Sozialdemokratie entäußert. Jetzt haben sie sich selbst ihr Vaterland da, wo ihnen ihr Profit am besten gesichert scheint.

Der Text ihrer Resolutionen scheint mir zu lauten: **„Mammon, Mammon über alles, über alles in der Welt!“**

Die westpreussischen Parteigenossen und die Polenfrage.

Eine von diesen Tausenden besuchte Parteiversammlung der U. S. P. D. in Danzig nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Am Namen von 11000 organisierten unabhängigen Sozialdemokraten Westpreußens erhebt die heute in der Sporthalle tosende Versammlung Einspruch gegen eine Verschärfung des deutschen Gebietes zugunsten ausländischer Kapitalistengruppen. Wir wollen den Schicksal, weil die Zukunft der westpreussischen Arbeiterklasse im polnischen Staat nicht gesichert ist. Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung Westpreußens und erwarten von der deutschen Regierung unbedingt Entzügen in diesem Sinne. Wir deutschen Arbeiter machen die Revolution, um mit den Polakern zum Frieden zu kommen, nicht um in die Anarchik des internationalen Großkapitals zu geraten. Der Internationalität der Bourgeoisie sehen wir die proletarische Internationalität entgegen. Wir haben Anspruch auf einen gerechten Frieden. Verweigert die Entente diesen der deutschen Arbeiterklasse, so bleibt ihr nur übrig, die proletarische Bewegung ganz Europas zum Sturz der Kapitalistenregierungen aufzurufen. Wir führen den kritischen Stand der Polenfrage auf die falsche äußere Politik der deutschen Regierung gegen Polen und Rußland zurück und fordern den Rücktritt der Regierung und die Bildung einer rein sozialistischen Regierung.“

Der weiße Schrecken in Württemberg.

Bis zum Vormittag des 1. April war nach allen Meldungen von irgendwelcher Störung der öffentlichen Ordnung nichts zu hören. Der Generalstreik hat das wirtschaftliche Leben der württembergischen Hauptstadt vollkommen lahmgelegt. Nicht nur ein kleiner Teil der Arbeiter, wie die Rechtssozialisten erwarteten, ist der Streikpartei gefolgt, sondern ihr hat sich fast das gesamte Proletariat Stuttgart und der größeren Industrieorte des Landes angeschlossen. Und wenn der wertvolle Bevölkerungsbestand noch nicht hat gewellen sein sollte, daß es den Kampf geschlossen durchzuführen müsse, so hat der Bürgerstreik das Seinige dazu beigetragen, um diese Klarheit zu schaffen. Trotzdem nicht zu erwarten war, daß irgend etwas die Ruhe der Stadt stören würde, hat sich die bürgerlich-kleinrentistische Regierung beeilt, den Belagerungsstatus über Stuttgart und die größeren Industrieorte des Landes zu verhängen. Ihr Erlaß hat folgenden Wortlaut:

1. Alle Versammlungen auf Straßen und Plätzen sowie öffentliche Umzüge aller Art sind verboten. Keine Versammlungen.
2. Die Beschränkungen des Gesetzes hinsichtlich der Versammlungen, Beschlagnahme und Zurückführung sind aufzuheben.
3. Die Verbreitung von Flugchriften und Handzetteln, ebenso der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen ist nur mit Genehmigung der Regierung gestattet.
4. Die Polizeistunde wird auf abends 8 Uhr festgesetzt. Alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Theater und Kinos sind um 8 Uhr zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenbahnverkehr ist von 9 Uhr abends ab verboten.
5. Die Regierungsborgane sind ermächtigt, jeden zu verhaften, der es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder den Bestand des Staates oder der Regierung zu gefährden.
6. Für das Gebiet des Belagerungsstatus werden außerordentliche Kriegesgerichte eingesetzt, die in beschleunigtem Verfahren alle Strafsachen des Hoch- und Landesverrats, Aufruhr, Mord und Raub, der Plünderung, der Befreiung von Gefangenen, der tätlichen Widerlegung, der Verhöhnung von Eisenbahnen und Telegraphen, des unbefugten Waffentragens, endlich alle Zuwiderhandlungen gegen die von der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote abzuurteilen haben.

Wenn etwas geeignet sein könnte, die Erregung der Arbeitermassen zu steigern und die nichtdisziplinierten Elemente zu Unbesonnenheiten zu treiben, so ist es dieser Erlaß. Ein ähnlicher Streik wurde vor kurzer Zeit zwei Wochen lang in Leipzig durchgeführt. Dort hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in Händen. Er sorgte durch seine eigenen Ordnungsmannschaften für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Er verhängte nicht den Belagerungsstatus über die Stadt und es ist sehr gut auch ohne ihn gegangen. Nicht das mindeste kam in diesen zwei Wochen vor. Die Arbeiter hielten glänzende Disziplin. Es gelang weder dem provozierenden Verhalten der Bourgeoisie, noch den undisciplinierten Arbeitern, Unruhen zu erregen und damit den Vorwand zur Herbeiführung von weißen Gendarmen zu liefern. Die württembergische Regierung aber scheint es gerade darauf abzusehen, die Arbeiterklasse zu reizen, denn ihre Maßnahmen treffen zu allererst und zu allermeist das Proletariat, die Bourgeoisie indes auch unter den provozierenden Bestimmungen dieser Verordnungen noch genug Gelegenheit, um für ihren Streik zu wirken.

Wir hatten mitgeteilt, daß selbst Ärzte und Apotheker sich dem Bürgerstreik angeschlossen haben. Das scheint die ganze bürgerliche und rechtssozialistische Presse Deutschlands in der Ordnung zu halten, denn sie hütet sich, irgendwas zu diesem barbarischen Verhalten der Güter der medizinischen Wissenschaft zu sagen. Ein einziges Blatt macht, soviel wir sehen können, eine Ausnahme, das ist die „Berliner Volkszeitung“. Sie schreibt in ihrer Dienstag-Abendausgabe, daß sie zwar den Bürgerstreik billige, „den Streik der Ärzte dagegen aus scharfster Verurteilung. Das Blatt sagt dann:

„Wenn auch alles bereit — die Ärzte haben sich vom Kampf ferngehalten und nur zu helfen, wo zu helfen ist“

Ich an einen Streik der Arbeiter überhaupt gedacht werden konnte, das scheint uns das niederdrückendste Zeugnis für die herrschende fällige und menschliche Verwirrung zu sein. Im Felde hat der Arzt in den Lazaretten, im Kampfe, den Menschen, gleichviel, ob sie französisch, deutsch oder englisch redeten, so steht im Frieden, das kranke Kind, die gebärende Frau eines streikenden Arbeiters, eines — zum Himmel — deutschen Arbeiters heben müssen, weil der, der helfen kann, einer politischen Frage wegen nicht helfen will? Das darf nicht sein!

Das Blatt appelliert schließlich an die medizinischen Körperschaften Deutschlands, damit der Herzstreik zu einem der Wissenschaft und Menschlichkeit unwürdigen Vergeben gestempelt würde. Wir glauben nicht daran, daß dieser Appell irgendwelchen Erfolg haben wird. Es handelt sich hier um einen Kampf der Klassen und dabei steht der weitest große Teil der deutschen Mediziner auf der Seite der Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse weiß das längst, denn sie hat schon vor 70 Jahren von Karl Marx gehört, daß das Kapital die Wissenschaft und ihre Vertreter in seine Dienste gestellt habe, damit es als seine Sklaven kapitalistische Interessen wahrnehme.

Loth'pigelei.

In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, in denen höchst verdächtige Personen sich an Parteigenossen herandrängen und ihnen Pläne zur Beschaffung von Waffen und zur Beseitigung bestimmter Personen der Regierung unterbreiten. Auch wir müssen uns jetzt täglich solchen Gesindels erwehren.

Der Zweck ist deutlich! Man braucht einen neuen Vorwand zur Entfesselung des Bürgerkrieges. Genossen, seid auf der Hut!

Keine Waffen für die Weißen Gendarmen.

Eine Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter Deutschlands, die in Erfurt stattfand, faßte folgende Entschliessung:

Die Reichskonferenz der Vertreter der Waffen- und Munitionsarbeiter Deutschlands erklart in der vollen Einstellung der gesamten Rüstungsindustrie das letzte und höchste Ziel, einen dauernden Völkerfrieden zu schaffen und zu sichern.

In der gegenwärtigen Periode der Übergangswirtschaft bedeutet die Herstellung von Waffen und Munition eine Vergewaltigung der Arbeiterschaft, Kohle und Rohmaterialien, Verbunden damit ist die Gefahr, daß die Friedensverhandlungen zugunsten des deutschen Volkes beeinflusst werden. Die weitere Herstellung von Waffen und Munition ist auch geeignet, die deutsche Arbeiterschaft in ständiger Erregung zu halten. Die Reichskonferenz lehnt daher die Herstellung von Waffen und Munition grundsätzlich ab.

Die Reichskonferenz verlangt die weitgehendste Sozialisierung der gesamten Produktion. Sie erklart in einer solchen durchgreifenden Maßnahme die einzige Möglichkeit, den völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens zu verhindern.

Da Sozialisierung nur bei wirklich produktiver Arbeit möglich ist, aber die Ausgaben für die gegenwärtig angeworbenen Freiwilligenarmee eine Vergewaltigung der Staatsmittel darstellen, fordert die Reichskonferenz die Arbeiterschaft auf, jedwede Waffenherstellung zu verweigern, falls nicht bis zum 8. April, dem Zusammentritt des zweiten Wätekongresses, eine nur aus gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern bestehende Volkswehr geschaffen ist.

Sollte nach Erfüllung der vorstehenden Bedingung noch nötig sein, Waffen und Heeresgerät herzustellen, so hat das nicht mehr auf dem Wege der Privatindustrie zu geschehen, sondern so muß es in verstaatlichten Betrieben geschehen. In solchen Betrieben ist die Produktion unter strengster Kontrolle der dort zuständigen Landesbetriebsräte durchzuführen, die auch mitbestimmend über die Verwendung der hergestellten Waffen und Munition zu entscheiden haben. Dasselbe gilt auch für alle Sammellager und Garnisonlagerbestände.

Soweit in absehbarer Zeit noch Betriebe zur Herstellung von Waffen und Heeresgerät notwendig sind, sind sie als rein wirtschaftliche Unternehmungen bis zur völligen Sozialisierung dem Reichswirtschaftsrat samt zu unterstellen. Ebenso unterstellen ihm alle Sammellager und Garnisonlagerbestände.

Die Herstellung und der Verkauf von Jagdwaffen, Browning- und Revolvern usw. darf nur unter Kontrolle der in den betreffenden Betrieben in Betracht kommenden Arbeiterräte erfolgen. Waffenscheine dürfen nur bei Wegzeichnung der zeitlichen A- und B-Märkte Geltung haben.

„Ein bedauerliches Mißverständnis.“

Der Generalgouverneur von Berlin, Schöpslin, teilt mit: Durch einen von mir erlassenen Aufruf in voriger Woche wurden Zeitspenden für die G. S., Wasser- und Elektrizitätswerke für Groß-Berlin gesucht. Obwohl die Berliner Gewerkschaftskommission, wie die in Betracht kommenden Gewerkschaften haben wegen des Aufrufs keinen Einspruch erhoben. In einer gemeinsamen Sitzung der beteiligten Organisationen und der Gewerkschaftskommission wurde auf die stehende Erregung in der Arbeiterschaft hingewiesen. Die Gesandten, die die organisierte Arbeiterschaft bei der Durchführung des Aufrufs beauftragt, sind meines Erachtens nicht vorhanden, aber die stehende Erregung in der Arbeiterschaft ist eine Tatsache, und da es weder meine noch einer anderen militärischen Stelle Aufgabe und Reizung ist, in schroffem Gegensatz zu der organisierten Arbeiterschaft zu geraten, und außerdem, wie sich bei der mündlichen Unterhaltung herausgestellt hat, ein bedauerliches Mißverständnis beim Erlaß des Aufrufs schwallerte, siehe ich den Aufruf zurück, dessen Wirksamkeit damit erloschen ist.

Bei der Veröffentlichung meines Aufrufs ließ ich mich von der Notwendigkeit leiten, an die organisierte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen zu richten, dafür Sorge zu tragen, daß bei allgemeinen Streiks der Schutz der Säuglinge, Kranke, Kranenanhalten und Hauswirtschaften gesichert werden.

So erfreulich es ist, daß der Widerspruch der organisierten Arbeiter Herrn Schöpslin zur Zurücknahme eines Erlasses veranlaßt hat, so entschieden muß doch darauf hingewiesen werden, daß kein Aufruf sich nicht an die organisierte Arbeiterschaft wendet, wie er jetzt im letzten Abschnitt des vorstehenden Erlasses behauptet.

Getreu dem Beispiel seines großen Vorbildes Heinz (Wolfgang nicht Heinrich) erklärt auch Schöpslin den Aufruf zur Bildung der Streikbrechergarde für ein „bedauerliches Mißverständnis“, ohne allerdings die Gründe anzugeben, aus denen dieses Mißverständnis entstanden ist. Wertwürdig genug ist es, daß sich immer nur die Maßnahmen der Regierung als Mißverständnisse herausstellen, die sich gegen die Arbeiter richten.

Herr Schöpslin zieht keinen Aufruf zurück, dessen Wirksamkeit damit erloschen sei. Ob auch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division dieser Meinung ist, teilt Herr Schöpslin als vorlesender Mann nicht mit. Wie wenig sich die G. S.-Sch. D. um seine Anordnungen kümmert, mag man aus der Tatsache ersehen, daß sie keinen Aufruf wirklich erregt hat und nicht nur eingreifen will, bei „nicht genehmigten wilden Streiks“, sondern auch bei Streiks, die nicht von der „Reinheit der Arbeiterschaft“ gebilligt werden. Da die G. S.-Sch. D. darüber zu entscheiden hat, weiß man was das bedeutet. Aber will uns Herr Schöpslin nicht auch sagen, ob die Bildung der Streikbrechergarde durch die G. S.-Sch. D. nun auch wirklich unterbleiben wird?

Ein Konflikt in Koburg-Gotha.

Für Montag war nach Gotha eine gemeinschaftliche Sitzung der Landtagsversammlungen der Zeitungen Koburg und Gotha einberufen worden. Die zehn Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie aus der Gothaer Landesversammlung legen gegen die gemeinsame Tagung Protest ein, den sie damit begründen, daß durch die Revolution der Staatsgrundgesetz aufgehoben sei und keine Gemeinschaft mehr zwischen den beiden Bundesstaaten bestehe. Die Sitzung wurde hierauf durch die drei Volksbeauftragten von Gotha, die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, geschlossen.

Die unabhängigen Sozialdemokraten haben für den Volksrat Gotha eine Verfassung vorgelegt. Die folgende Grundzüge enthält:

Alle Macht soll beim Volke des Gothaer Landes ruhen, Staat und Kirche sollen getrennt und die vorkommende Gewalt im Staate der wertvollen Mehrheit der Volksgenossen übertragen werden. Die Organe dieser Mehrheit sollen die Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Bauernräte sein. Die oberste, ausführende und kontrollierende Gewalt soll bei dem von den Abgeordneten dieser Räte gebildeten Landesrat liegen. Nach den Grundzügen der Verfassung wird die Landesversammlung gewählt, die der Bestätigung der vom Landesrat gebildeten Regierung unterliegt. Kommt zwischen Landesversammlung und Regierung keine Übereinstimmung zustande, dann soll die Volksabstimmung entscheiden. Die Gemeinden sollen Selbstverwaltungsglieder sein, deren Geschäftsführung den Arbeiter- und Soldaten- oder den Bauernräten übertragen wird. Ortsvorsteher und Bürgermeister sollen als Beauftragte der Räte gelten. Je hundert Arbeiter sollen einen Arbeiterrat wählen, wobei jede männliche oder weibliche Person über 18 Jahre wahlberechtigt ist. Nicht wahlberechtigt bei den Wahlen sollen Personen sein, welche ihr Einkommen aus dem Besitz von Häusern, Wäldern, Ländereien und Kapital beziehen, ferner die Offiziere der alten Armee, Angehörige von Freikorps und alle Personen weiblichen Geschlechts, welche bei voller eigener Erwerbsfähigkeit von ihren Eltern oder sonstigen Verwandten unterhalten werden.

Da die unabhängige Sozialdemokratie die Mehrheit in der Landesversammlung besitzt, so ist die Annahme dieser Verfassung gesichert.

Eine Ohrfeige für Koste.

Die Stimmen in den Kreisen der Rechtssozialisten, die mit dem Treiben Koste's nicht einverstanden sind, mehren sich. Selbst die Chemnitzer Volksstimme, die es sonst an Regierungstreue nicht fehlen läßt, übt in der Nummer vom 28. März scharfe Kritik an dem Rorderegiment, das in Berlin aufgestellt worden ist. Das Blatt meint, man solle einmal darüber nachdenken, was das Ausland dazu sage, und bemerkt dann:

Da finden wir denn auch, daß der bekannte Schirker der Regierung in den Rorderegiment kämpften sich in keiner Hinsicht reiferen läßt. Er ist ja verdammt erregung unter den Eindruck der, wie sich nachträglich herausstellte, falschen Meldungen über die Kaiserermordung von Rorderegimenten durch kommunistische Horden. Daß diese Meldungen falsch waren, hätten die zuständigen Regierungstellen sich wohl rechtzeitig feststellen können. Aber selbst angenommen, daß diese Meldungen richtig gewesen wären, wird man doch sagen müssen, daß der Schirker selbst noch immer unerschrocken war. An sich herrschte in Berlin bereits der Belagerungsstatus scharfster Form. Jedes Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit konnte innerhalb 24 Stunden abgeurteilt und mit dem Tode bestraft werden. Was es da wirklich nötig, den kämpfenden Truppen das ausdrückliche Verbot zu geben, jeden Mann, den sie mit den Waffen in der Hand traf, auf der Stelle zu erschießen? Wäre Sportplatz in Rorderegiment nicht genau so gut bestraft worden, wenn man dieses Mittel, zu dem sich selbst die neueste Barockkunst nie verstrengen hat, nicht angewendet hätte?

Die Chemnitzer Volksstimme verlangt weiter, daß mit dem Rorden innegehalten werden und daß man sich daran erinnere solle, „daß ihr Brüder seid.“ Schließlich sagt sie, daß die Todesstrafe überhaupt nicht verhängt werden dürfe, da sie mit den sozialistischen Auffassungen nicht zu vereinbaren sei.

Das Blatt wird mit seiner Mahnung wenig Erfolg haben. Der ehemalige Arbeiter Koste hat schon längst alles Klassenempfinden verloren, er läßt sich als der künftige Diktator von der Bourgeoisie Glauben, die Proletariat sind ihm und seinesgleichen keine Feinde mehr, sie sind die Feinde der kapitalistischen Ordnung und darum höchstens soviel noch Wert, daß sie 500 Tausend dahingemordet werden dürfen.

Was diese Kritik besonders bemerkenswert macht, ist, daß sie von dem Blatte ausgeht, dessen Chefredakteur Herr Koste bis vor kurzem noch gewesen ist. Kräftig wird der Mann die Ohrfeige, die ihm damit erteilt wird, kaum empfinden; sich Erweisen ist so robust, daß er auch die Abprallung durch das eigene Blatt ertragen kann.

Getreidelieferung für Deutschland.

Stockholm, 1. April.
Laut „Stockholms Tapblad“ hat der amerikanische Gesandte in Stockholm, Morris, vom Obersten Blockaderat telegraphisch die Nachricht erhalten, daß alle Norwegen, Schweden und Dänemark anfertigten Zirkelverordnungen nach Deutschland aufgehoben werden sind. Das kanadische Rote Kreuz ist somit in die Lage versetzt, 200 000 Tonnen Getreide nach Deutschland aufzuführen.

Die Behandlung der Gefangenen von den letzten Berliner Unruhen.

Unter dieser Überschrift teilt uns der Gouverneur von Berlin, Schöpslin, folgendes mit:

Um den in der Presse erhobenen Klagen über die Behandlung der bei den letzten Unruhen in Berlin eingelieferten Gefangenen nachzugehen, habe ich außer den Gefangenen in Moabit, sowie in der Ledtze Straße, ferner auch die Gefangnisse in Plohnsee und Tegel einer Besichtigung unterzogen und nach eigener Anschauung mit einer sehr großen Zahl von Gefangenen unterhalten. Soweit die Verhältnisse in Betracht kommen, ergab sich das überraschende Resultat, daß die Gefangenen, die in größerer Zahl in großen Zellen untergebracht sind, übereinstimmend über die Beschaffenheit und Menge der bezugnehmenden Nahrungsmittel sich beklagen, während die in Einzelzellen untergebrachten Gefangenen im allgemeinen zufrieden waren, in der Ausnahme ebenfalls Ausnahmen zu machen. Die Urteile, daß das Essen gut geschmeckt, aber der Menge nach nicht immer ausreichend sei, waren zahlreich. Ueber die Behandlung durch die Bedienten der Gefangenenanstalten äußerten sich die Besuchten in den sogenannten Reizen oder Käfigen im Gefängnis Plohnsee. Diese Käfige sind in der Tat eine an das Mittelalter erinnernde Einrichtung, deren Aufrechterhaltung im 20. Jahrhundert als ein Skandal bezeichnet werden muß. Die Verwaltung bedauert selbst auf das allerletzte das Vorhandensein dieser Einrichtung. Die Strafanstalt Plohnsee ist eine sogenannte Probieranstalt, die etwa zehn oder noch mehr Systeme der Unterbringung von Gefangenen in sich enthält. Es muß als ein dringendes Gebot bezeichnet werden, hier auf beschleunigtem Wege Abhilfe zu schaffen.

Ein teilschweres Kapitel ist unstrittig die Behandlung, die ein Teil der eingelieferten Gefangenen durch die Soldaten erfahren hat, die die Befangennahme und den Transport zu bewerkstelligen hatten. Die Gefangenen sind vielfach und zum Teil schwer mißhandelt, einzelne auch getötet worden. Ich habe am 21. März, am Tage der Befreiung, bei mehreren Gefangenen noch die sichtbaren Spuren der erlittenen Mißhandlungen sehen können. Einzelne Gefangene, darunter auch solche, die mit im Felde waren, haben mir mit Tränen in den Augen von den Mißhandlungen erzählt, wobei offenbar die Erinnerung an die erlittene Schmach oder etwa die Erinnerung an den erlittenen Körperlichen Schmerz war. Bemerkenswert war, daß eine Anzahl Gefangener freiwillig erklärte, beobachtet zu haben, daß die Wachen sich gegen die Rückhandlungen gewandt haben, aber nicht eingegriffen ist, nicht überaus zur Stelle sein konnten. Daß auch viele Gefangene erklärten, weder mißhandelt worden zu sein, noch Mißhandlungen gesehen zu haben, trotzdem sie ebenfalls an den schlimmsten Unruhen eingeleitet worden sind, darf nicht verschwiegen werden. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß die Truppen durch die heimtückische Kampfweise, der sie in jenen unglücklichen Kampfjahren des Bürgerkrieges ausgesetzt waren und durch die unbestreitbare, zum Teil bestialische Ermordung von Kameraden in Verbindung mit den wilden Gerüchten, die damals Berlin durchschürmten, in die größte Erregung versetzt worden sind. Unterhaltungen darüber haben manche sehr eindrucksvolle Schilderung des Seelenzustandes der kämpfenden Truppe zulage gefördert. Die so scharf angelegende Dringende Notstand hat in jenen Tagen mit an den schlimmsten Stellen gehandelt.

Die Aufregung, die die Presseerörterungen über die Behandlung der Gefangenen innerhalb eines großen Teiles der Berliner Bevölkerung hervorgerufen hat, rechtfertigt es und verpflichtet mich, das Ergebnis meiner Besichtigungen nicht nur auf dem Wege des dienstlichen Berichtes, sondern auch auf dem der öffentlichen Bekanntmachung mitzuteilen. Durch die Veröffentlichungen in der Presse und durch die Besichtigungen wird eine von Herrn Ledebour am 20. März mir gegenüber getane Äußerung für mich eine wesentlich andere Bedeutung erlangen. Ich habe deshalb Herrn Ledebour nochmals befragt. Er protestiert lebhaft dagegen, daß politische Gefangene an einem Orte untergebracht wurden, der gleichzeitig auch von den Reichswehrtruppen besetzt wird.

Nicht unerwähnt soll bleiben, wie die „Freiheit“ die Beschwärden über die Behandlung der Gefangenen parteipolitisch auswertet. Auf die halsbrennende Frage der Verhältnisse in den Gefangnissen in Moabit, unterteilt mir das Blatt, ich hätte erst dann inspiziert, als „alles in Ordnung gebracht worden ist“ und die Verhältnisse der Besatzungstruppen „von sich“ Wochen in der Öffentlichkeit bekannt waren. Mein Besuch in den Moabiter Gefangnissen fand am 20. (??) März statt, die „Freiheit“ teilt sich aber an, daß die von ihr behaupteten Vorgänge vom 8. bis 13. März sich abgespielt haben. Nicht durch die Teilnahmlosigkeit, sondern am 18. März durch Arbeiter eines Betriebsbetriebes habe ich gerufen Klagen über die Behandlung der Gefangenen vernommen und bin ihnen dann sofort aus eigenem Entschluß und auch auf Anregung von Offizieren des Gouvernements nachgegangen. Die „Freiheit“ sucht ferner den Anschein zu erwecken, als hätte ich die Regierungstruppen befragt. Da die Truppen, gegen die ich hauptsächlich die Klagen richtete, mir in keiner Weise dienstlich unterstellt sind, konnte ich sie nicht befragen, vielmehr habe ich die Gefangenen und Verwaltungen befragt. Das Blatt behauptet, eine Fülle von Material und Beweisen für die Mißhandlungen von Gefangenen zu besitzen. Warum hat es im Interesse der Gefangenen mich nicht sofort auf die Vorwürfe aufmerksam gemacht? Wozu ein telephonischer Anruf genügt hätte. Diese Pflicht für die Gefangenen stand der parteipolitischen Auswertung weit voran, falls die „Freiheit“ in erster Linie an die Gefangenen, statt an den parteipolitischen Gewinn gedacht haben sollte.

Diese Darstellung des Herrn Schöpslin bestätigt alle unsere Angaben. Sie muß ausdrücklich feststellen, daß in den Gefangnissen die Gefangenen vielfach und zum Teil schwer mißhandelt, einzelne auch getötet worden sind und daß auch jetzt noch nach vielen Tagen bei einzelnen Gefangenen die Spuren der erlittenen Mißhandlungen zu sehen sind.

Trotzdem möchte Herr Schöpslin die Gelegenheit benutzen, sich an uns zu reiben. Er nimmt es uns sehr übel, daß wir nicht wie die übrige Presse gebolten haben, diese Gefängnisgerichte zu vertuschen, sondern die Teilnahmlosigkeit auf sie aufmerksam gemacht haben. Wenn Herr Schöpslin sich weniger als Beschützer der Militärherrschaft und mehr als früherer sozialdemokratischer Journalist fühlte, so würde er wissen, daß es nicht zu den vornehmsten Aufgaben der jungen sozialdemokratischen Presse gehört hat, gegen offensibare Mißstände öffentlich Kritik zu üben. Aber freilich, was früher für Herrn Schöpslin und Genossen Verdict war, ist für heute Verbrechen.

Es ist unwichtig, daß Herr Schöpslin die Gefangnisse schon am 20. März besucht hat, wenigstens hat er der Öffentlichkeit darüber nichts mitgeteilt. Einen ersten Bericht über seinen Besuch in Gefangnissen hat die Freie am 28. März veröffentlicht, also einen Tag nachdem wir durch Veröffentlichungen aus dem Tagebuch eines der Gefangenen die greulichen Zustände in den Gefangnissen enthüllt hatten.



Genossen! Arbeiterinnen!

Am nächsten Sonntag findet der **Frauentag**

statt. Er soll euch Gelegenheit geben, eure Forderungen an Staat und Gesellschaft erneut zu erheben. Sorgt dafür, daß der Frauentag zu einer

machtvollen Kundgebung

eures revolutionären Willens werde. Zeigt, daß ihr in der Schule des Krieges und der Revolution gelernt habt, die Ketten der Vergangenheit zu zerbrechen. Zeigt, daß ihr euch durchgerungen habt zu einem

neuen freien Menschentum

und auf dem Posten seid, um euch und euren Kindern eine helle Zukunft zu schaffen.



In zwei Mitteilungen, die die bürgerliche Presse ausdrücklich als Mitteilungen des Schöpslin bezeichnet hat, hat Herr Schöpslin dann lebhaft Klagen über die Befreiung als festgestellt mitgeteilt. Erst jetzt, nachdem wir dieses Verfahren von ihm gekennzeichnet hatten, stellt er die greulichen Mißhandlungen und Tötungen fest.

Wenn Herr Schöpslin stolz feststellt, daß er nicht durch die Teilnahmlosigkeit auf die Klagen der Gefangenen aufmerksam geworden sei, so nimmt uns das nicht wunder. Wir wissen, daß er bereits in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Redakteur Zeitungen nur sehr flüchtig gelesen hat. Aber genau so wenig wie früher denken wir heute daran, diese aus Höflichkeit nicht näher zu bezeichnende Eigenschaft des Herrn Schöpslin zu befördern.

Auf zum Befreiungskrieg!

Wir erhalten aus Akademikerkreisen folgende Zuschrift: Am Sonnabend, den 20. März 1919 hielt Kapitän Türk im größten Auditorium der Berliner Universität einen Vorlesungsvortrag über „Das Freikorps Gölles“. Er führte etwa folgendes aus:

Unsere „glorreiche“ Revolution sei von ein paar Strolächern in Kiel gemacht worden. Unsere Regierung sei dämlich genug gewesen, den ernieuernden Massenstand zu schließen. Damit habe sie es fertig gebracht, Frankreich die Gelegenheit zu geben, und dessen zu unterjochen. Am 8. November habe die Regierung an allen Unterjochten Plakate angeschlagen: „Der Militarismus ist tot.“ Jetzt hole sie die Offiziere wieder und rufe die Studenten zu den Waffen. Das Freikorps Gölles wisse wohl, daß die Stimmung der Studenten gegen die Regierung sei, aber man trete beiseite nicht wegen der Regierung in die Freikorps, sondern wegen des Vaterlandes, das ja wisse, daß die Studenten stets gut deutsch-national gesinnt gewesen wären. Also möchten die Studenten nur kommen: Dem Freikorps läge ganz besonders an den Studenten. Es befänden sich nämlich 90 Prozent ungebildete Leute in den Freikorpsverbänden, auf die man sich nie so ganz verlassen könne. Es wäre manchem vielleicht peinlich, als Deutscher auf Deutsche schießen zu müssen; er, Kapitän Türk, sage aber: Was gegen die Freikorps schießt, sind gar keine Deutschen. Das ist internationales Verbrechen, abzusehen vielleicht von ein paar verrückten Idealisten. Der Redner schloß mit dem Appell an die Studenten: „Die Zeit ist inne, am 18. März. Also herein in den Befreiungskrieg!“

Was die anderen Offiziersstufen der Regierung vorläufig noch still im Nußen halten, das plaudert der Kapitän Türk offen aus, daß nämlich die Roskogarden den „Befreiungskrieg“ für die vom Sozialismus bedrohte Kapitalherrschaft führen sollen. Und dazu kann man freilich Proletariat nicht brauchen.

Wahlfreiheit des Religionsunterrichts.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erläßt folgende Verfügung:

Vornehmste Pflicht eines freien Staates ist es, die Gewissensfreiheit sicherzustellen. Insbesondere gilt das für das Gebiet des religiösen Lebens und der religiösen Erziehung. Dazu gehört auch entsprechend der Regierungserklärung vom 28. März 1919, daß der Religionsunterricht wahlfrei ist. Bis zum Erlaß künftiger Gesetze, die die Beziehungen von Staat, Kirche und Schule zueinander auf neue Grundlagen stellen, ist deshalb den nachstehenden Grundregeln gemäß zu verfahren:

1. Soweit nicht bereits nach den bisherigen Bestimmungen Schüler der öffentlichen Schulen von der Teilnahme am lehrplanmäßigen Religionsunterrichte befreit sind oder befreit werden können, sind sie auf Antrag von der Teilnahme an dem Religionsunterrichte zu entbinden. Zur Stellung des Antrags sind diejenigen befugt, welche die Religion, in der die Schüler zu erziehen sind, zu bestimmen haben, d. h. nach Erziehung des religionsmündigen Alters die Schüler selbst.

2. Schüler, die von der Teilnahme am Religionsunterrichte befreit sind, sind auch nicht zur Teilnahme an Schulfeierlichkeiten mit religiösem Charakter verpflichtet.

3. Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen — mit Ausnahme derjenigen für den Religionsunterricht angezogen — die aus Gewissensbedenken an Befreiung von der Verpflichtung zur Erteilung von Religionsunterrichte nachgehen, ist die Erteilung des Religionsunterrichts abzunehmen, ohne daß sie deshalb in ihren Dienstverhältnissen gefährdet oder von den Aufsichtsbehörden zurückgeleitet werden dürfen. Diese Lehrer (Lehrerinnen) sind auch zur Teilnahme an Schulfeiern mit religiösem Charakter nicht verpflichtet.

4. Die Teilnahme von Lehrern und Schülern an kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule ist stets freiwillig.

Für organisch vereinigten Kirchen- und Schulkörpern bleibt die Ausübung der kirchlichen Amtspflichten der Stelleninhaber späterer Regelung vorbehalten.

Diese Bestimmungen treten mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft.

Der Erlass vom 20. November 1918 — U II 1841 U II W — wird hiermit aufgehoben.

(gez.) Haack.

Die Arbeiter protestieren gegen Däumigs Verhaftung.

Zahlreiche Proteste sind gegen Däumigs Verhaftung erhoben worden. Die Betriebsversammlung der Munitionsfabrik Haselhorst, die Bezirksversammlung der Gasfabrik Klemperer Berlins, die Bezirksversammlung des Metallarbeiterverbandes der Bezirke Weßen, Schöneberg, Friedenau und Steglitz und die Betriebsversammlung der Elektromonteurs und Helfer des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben mit großer Entschiedenheit die Freilassung der Genossen Däumig und Ledebour gefordert. Allgemein wird in diesem Vorhaben der Regierung ein Schlag gegen das Patriotismus erblickt, den die Militärkammer geführt hat. Es wird daher gefordert, die offene und verdeckte Gegenrevolution und die ihr Vorhut leistenden Führer der Rechtssozialisten mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Auch gegen den Reichswehrminister Koste und seine Ausführungen wenden sich die Protestierenden der Arbeiter, besonders die der Betriebsversammlung der Abteilung für militärische Gliedmaßen der Staatswerkstätten Spandau, die mit Entrüstung gegen die lächerlichen Anschuldigungen Koste's Einspruch erhebt und gelobt, bei einer neuen Aktion seiner und Geschlossener denn je, die Rechte des Proletariats, Schutzes an Schülern zu erlangen.

Die Militärgerichte.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die von der Reichsregierung bereits angekündigte Kündung des militärgerichtlichen Verfahrens besteht in der Hauptsache darin, daß einerseits die Zuständigkeit des Militärgerichts für die gegen die allgemeinen Strafgesetze begangenen, nicht mit militärischen Vergehen zusammengehörenden Zuwiderhandlungen aufgehoben und andererseits die Einrichtung des Gerichtsherrn beseitigt wird. Die Geschäfte des Gerichtsherrn gehen z. T. auf die ritterlichen Militärjustizbeamten, z. T. auf besondere Besatzungsgerichte über. Von Wichtigkeit ist ferner noch die Neuerung, daß die Platzrichter von der Truppe gewählt werden.

Diese Änderungen des militärgerichtlichen Verfahrens können durchaus nicht befriedigen. Durch sie wird die Ausnahmestellung dieser Gerichte nicht beseitigt. Noch wie vor muß deshalb die Forderung nach völliger Befreiung der Militärgerichtsbarkeit erhoben werden.

Die Furcht vor dem Bolschewismus.

Amsterdam, 21. März.

Der Pariser Korrespondent der Daily News meldet, die dringende Frage sei die der Forderung Frankreichs bezüglich der Besetzung Deutschlands. In der Sitzung am Freitag, die diese Frage nicht aufwarf. Die unzulängliche Besetzung nach Deutschland abgerufenen Gesandten seien wieder zurückgekehrt und ihr Bericht, der die Lage keineswegs hoffnungsvoll darstellte, habe den großen Eindruck gemacht. Zugleich wirkte aber auch die Kunde von einer weiteren Ausbreitung des Bolschewismus auf die Verhandlungen ein. Man begann zu bezweifeln, wie groß die Gefahr sei, daß Lenin einen Widerstand auf bolschewistischer Grundlage bilde und daß Deutschland beschließe, diesem Bund als Mitglied beizutreten. Das Schreiben, Deutschland in den Völkerverbund aufzunehmen, werde teilweise auf der Furcht vor dieser Gefahr. Die Völkerbund der Konferenz wird dies deutlich beweisen, wenn Deutschland sich bereit zeigt, die Bedingungen für die Mitgliedschaft des Bundes anzunehmen. Von einigen Angehörigen dieses Wars wird jedoch der Vorbehalt gemacht, daß Deutschland dem Völkerverbund nicht beitreten könne, bevor es eine feste Regierung habe. Andererseits müßte man bedenken, daß die Mitgliedschaft des Bundes ein wichtiger Faktor für die Stärke der deutschen Regierung sein werde.

Auftritt der finnischen Regierung.

Helsingfors, 1. April.

Die finnische Regierung hat ihre Entlassung nachgesucht. In dem Schreiben an den Reichsverweser begründet Staatsminister J. J. Man den Schritt damit, daß die Regierung, gestützt auf die Parteien des früheren Landtags, zustandekommen sei, um die Neuwahlen durchzuführen. Mit dem Zusammenbruch des neuen Landtags sei diese Aufgabe erfüllt.

Fortschritte der Parteipresse.

Die Leipziger Volkszeitung hat ihre Auflage seit dem Ausbruch der Revolution um mehr als 50 000 Exemplare erhöht. Ihr Abonnentenstand ist jetzt fast doppelt so hoch als selbst in der glücklichsten Zeit vor dem Kriege. Das Volksblatt für Halle teilt mit, daß es jetzt über 60 000 Leser habe. Für Halle der Abonnenten sei jetzt dreimal so hoch als vor der Revolution.

Am 1. April ab erscheint in Wreslau ein neues Tagesblatt der Unabhängigen Sozialdemokratie, die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“.

Das „Volksrecht“ in Frankfurt a. M., das bisher nur einmal wöchentlich erschien, kann vom 1. April ab als Tageszeitung herausgegeben werden.

In Stettin erscheint der „Kämpfer“, bis zum Ausbruch der Druckerlei, als Wochenblatt, dann als Tageszeitung, Abende der Revolution: Stettin, Schanzschütz, 1.

Theater und Vergnügungen.

Volkshühne. Theater am Hildowplatz. Direktion Friedrich Kayser. 4 Uhr 1 u. 7 u. 10 u.

Opernhaus. 4 Uhr: Thannhäuser. 7 Uhr: Die Judaslocke.

Schauspielhaus. 7 Uhr: Die Judaslocke. Direktion Max Reinhardt.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Wo es euch gefällt. 9 Uhr: Faschins.

Kleines Schauspielhaus. 7 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Lossing-Theater. Direkt. Victor Barnowsky. 7 Uhr: Der Blautuch. 9 Uhr: Der rote Mann.

Deutsches Künstler-Theat. 7 Uhr: Der Schöpfer. 9 Uhr: Der Schöpfer.

Neues Operettenhaus. 7 Uhr: Die Kutsche Susanne. 9 Uhr: Die Kutsche Susanne.

Köve Theater. 7 Uhr: Stiller als der Tod.

Walthalla-Theater. Zum 1. Male: Der Jäger aus Kurpfalz.

Casino-Theater. 7 Uhr: Die große Sensation. 9 Uhr: Unter Knolle.

Wintergarten. 7 Uhr: Varietévortrag.

Theater. 7 Uhr: Die Kutsche Susanne. 9 Uhr: Die Kutsche Susanne.

Walthalla-Lichtspiele. 7 Uhr: Die Kutsche Susanne.

Fabrik Marianne. Lieb und Leid eines Proletariatskinds.

Pola Negri. Neu eröffnet!

Patzenhofer Bierhan. Allen Partei- und Gewerkschaftsgruppen.

Artin Mecklenburg. 7 Uhr: Die Kutsche Susanne.

Immerer Bezirk 12. 7 Uhr: Die Kutsche Susanne.

Indischer, außerdienstl. Rechtsbeistand. 7 Uhr: Die Kutsche Susanne.

Kostenlose Rechtsberatung. 7 Uhr: Die Kutsche Susanne.

Warschauer Konzerthallen. Warschauerstr. 31. Direktion Adolf Jung.

PIANOS, FLÜGEL neu und gebraucht. Römhildt A. G., Leipziger Str. 119/120.

Polnisch, Russisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Medizin, Schreiben. Kaufmännische Privatschule von Paul Kowalski.

RÄTE-SYSTEM und SOZIALISIERUNG behandelt DER SPIEGEL. Herausgeber: ROBERT PRECHTL. Preis: 70 Pfg.

Achtung! Funktionäre, Arbeiterkräfte des Siemens-Konzerns! Die Bezirkskonferenz findet heute nicht um 5 Uhr, sondern erst um 7 Uhr statt.

Achtung! Maler und Lackierer! Achtung! Große öffentliche Versammlung. Mittwoch, 2. April, abends 6 1/2 Uhr.

Achtung! D. W. M. F. Achtung! Betriebs-Versammlung. Donnerstag, den 3. April, nachmittags 2 Uhr.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art. Dr. Hermanns, Fliegenstr. 47.

Zentralverband der Handlungsgehilfen Ortsgruppe Groß-Berlin. Büro: Berlin, Rungstr. 20, geöffnet werktäglich von 10-3 Uhr.

Mittwoch, 2. April, abends 7 1/2 Uhr. Bezirk Spandau: Hotel „Zum Stern“.

Donnerstag, den 3. April, abends 7 1/2 Uhr. Bezirk Norden II: (Schönefelder Vorstadt).

Freitag, den 4. April, abends 7 1/2 Uhr. Bezirk Norden I: (Mörsener Vorstadt).

DER FREIHEIT EINE GASSE

Spartakus Ein Erlösroman von Hans Land. Voll über Bedeutung für die Gegenwart ist dieser große historische Roman. Ein Seitenstück zu dem berühmten Roman Quo vadis von Sienkiewicz. Preis gebunden M. 5.50, gebunden M. 1.50.

Der Idiot Von Dostojewsky. Dieses Werk des bedeutendsten russischen Dichters ist der Allgemeinheit so bekannt, um es seinem Inhalt nach zu beschreiben. 2 Bände. Preis gebunden M. 11.00, gebunden M. 17.00.

Die Mutter Preis gebunden M. 5.50, gebunden M. 7.00.

Eine Beichte Preis gebunden M. 5.50, gebunden M. 7.00.

Annale Franco: Blaubarts sieben Frauen und andere wunderbare Geschichten. Preis gebunden M. 4.00, gebunden M. 6.00.

Zu beziehen durch: **VOGLER & CO BERLIN W.9. KÖTHENER STR. 27**

Mittwoch, den 9. April, abends 7 Uhr. Jugendsektion. Sektionsversammlung. Montag, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr.

Unserm alt. Viertelshörer Gen. Otto Ibielman zur Silberhochzeit die besten Wünsche. U. S. P., Bez. Lichtenberg, 2. Viertel.

Silberne Hochzeit feiert am 4. April Alfred Torgor u. Frau, Pötenkoer Straße 13.

Das Fest der Silbernen Hochzeit feiert heute der Genosse Otto Stübner u. Frau. Berlin, Wilmstr. 16.

Zeugen geehrt Augenzeugen des Unfalls eines Kindes auf dem Stadtbahnhof. Montag, den 31. 3., morgens 6 1/2, bitte Adressen anzugabe Schumann, Ma'plaquestr. 61.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Schlosser Richard Zahl, am 4. v. M., der Arbeiter Franz Jordan, Kiehlstr. 177, am 17. v. M., der Schlosser Otto Kahibaum, Neukölln, Hermannstr. 232, am 8. v. M., der Klempner August Nohmann, Elisabethkirchstr. 10, am 17. v. M., der Klempner Max Kothe, Stralsunder Straße 27, am 25. v. M., gestorben sind.

Todesanzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser Alfred Sorna, Schivelbeiner Str. 31, am 29. v. M., gestorben ist.

Die Ortsverwaltung. Ehre ihrem Andenken!

Spezial-Behandlung von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen. G. Weibert, Berlin, Invalidenstr. 147, 1. Etg. Ecke Bergstr.

Facharzt Dr. Meynert für Geschlechtsleiden. 11-1 und 5-7 1/2 Jägerstr. 12.

Hon. Dr. Meißner für Haut-, Hals-, Geschlechts- u. Frauenleiden. 11-1 und 5-7 1/2 Jägerstr. 12.

Apparate, Schrankformtrichterlose, alle Modelle, Odeon Musikplatten, alle Neuheiten. Odeon-Kunstlerplatten von Jadowitz, Sierak, Picaver, Naval, Erb, Voxelstrom, Schrader, Hamel, Destinn, Ivogin, Dener, Colp, Lux, Unterschänke für Trichterlose u. Trichterapparate, Plattenspieler, große Ausstellung in Lauten, Gitarren, Mandolinen, Violinen, Konzertzithern, Menspauer Zithern (2 Jahre Garantie), Menspauer Accord-Harmoniums, 30 hochartige Konzert- u. Salon-Harmoniums, bis 29 Register, in Eiche u. Nußbaum, Accordions ein- u. zweifach, dreifach mit Stahlstimmen, Lederbälz und Schutzdecken, Handorgeln, Feinste Konzert-Koch-Mundharmonikas, (Genusmarken), Cello u. alle einschlägigen Instrumente u. dazu gehörigen Bestandteile. Eigene Reparaturwerkstatt für Mechanische und Saiteninstrumente. Alles größtenteils Friedensware und noch billig. Schweizer Musikhaus, Schönhauser Allee 120. Filialen: Schönhauser Allee 130, Badstraße 57, Wollensee, Antonplatz, Reichenberger Str. 117.

Wie ich meine Tätowierung schmerzlos ohne Stechen, Schneiden, rasch frei selbst entfernen. Auskunft gratis. Spreestr. 4-7, Sonntag 9-12, Nitsche, Charlottenb., Kanstr. 60, hpt. nahe Bahnh.

Spezial-Behandlung von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen. G. Weibert, Berlin, Invalidenstr. 147, 1. Etg. Ecke Bergstr.

Facharzt Dr. Meynert für Geschlechtsleiden. 11-1 und 5-7 1/2 Jägerstr. 12.

Vollversammlung der Soldatenräte des Garde-Korps.

Die Soldatenräte des Gardekorps versammelten sich gestern im früheren Herrenhause. Stöckel, der den Bericht des Korps...

In der Diskussion wurde von einigen Rednern der Standpunkt vertreten, daß die von den Soldatenräten betriebene Politik zur richtigen Ausschaltung des Gardekorps geführt habe.

Krawunde wegen grober Verfehlungen vom Gouverneur seines Postens entlassen

worden sei. An seine Stelle sei er, Redner, getreten. Ein Vertreter eines Garde-Kavallerieregiments berichtete, daß jene Kundgebung für den kommandierenden General ihm nicht vorgelegen habe.

„Die versammelten Soldatenräte des G. K. nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Verfügung des Generalstabskommandos, wonach bei Verletzung der Reichswehr die Gardetruppen mit den freiwilligen Verbänden des Generalkommandos Pätzow vermischt werden sollen.“

Bei der Abstimmung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung im allgemeinen und der Berliner im besonderen gegen die Freikorps herrscht, hätten die Versammelten es für richtig gehalten, die für Groß-Berlin in Frage kommenden Reichswehrverbände nur aus Gardetruppen unter Befehl des G. K. zu formieren.

Die Versammelten sind mit einer Zusammenarbeit mit den Freiwilligenverbänden nur unter der Bedingung einverstanden, daß unbeschadet unserer Stellungnahme zu den freien Kampfbundern der Reichswehr vom 19. Januar 1919 auch auf die Reichswehr Anwendung findet.“

Darauf wurde an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes Blatte Kamerad Pätzow (Potsdamer Garnison) in den Korps-Korpsrat gewählt.

Zum Ratetongreß wurden folgende Anträge einstimmig beschließen:

1. Der 2. Ratetongreß wolle beschließen, daß zur Wahrnehmung der gesamten Interessen der Korpsangehörigen sofort ein Reichsoldatenrat nach den Beschlüssen der Reichskonferenz der Korpsratspräsidenten vom 4.-6. Febr. 1919 beim Kriegsminister um Zusammenritt.

2. Der 2. Ratetongreß wolle beschließen, daß die bereits vom 1. Ratetongreß einstimmig angenommenen 7 Hamburger Punkte sofort zur Durchführung gebracht werden.

Der Ersatz über die Neuorganisation der Kommandos geht vom 19. Januar 1919 kann von der Versammlung nicht als Erfüllung der Wünsche der Soldaten anerkannt werden und muß wieder verschwinden.

Die Versammelten sind der Ansicht, daß die militärischen Mitglieder des Zentralrates durch ihre Zustimmung zu obiger Verfügung die Interessen der deutschen Soldaten und Soldatenräte vertreten haben.

Sollten die militärischen Mitglieder des Zentralrates jedoch mit ihrer ablehnenden Meinung überstimmt worden sein, so wäre es ihre Pflicht gewesen, als Protest korporativ zurückzutreten.“

Gewerkschaftliches.

In einer Branchenversammlung der Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen

gab Kollege Tzipich den Jahresbericht. Einleitend schilderte er, unter welchen Vorbedingungen unsere Organisation zu leiden hatte, schilderte die Versuche des Unternehmertums, durch Gründung von sogenannten Arbeitsgemeinschaften ihre Profitwirtschaft aufrecht zu erhalten und wie dieselben, trotz hartgesandener Revolution, durch Einführung des Taylorismus die Ausbeutung der Arbeiterschaft aufs höchste steigern wollen.

So gelte es für die Arbeiterkraft, wachsam zu sein. Sodann gab Tzipich einen Bericht über die Tätigkeit der Frau-Kommission. Er wies auf die eminente Steigerung der Mitgliederzahlen hin und forderte die Kollegen, insbesondere die Vertrauensleute auf, dafür zu sorgen, daß das jetzt erwachte Interesse der Kollegen dauernd reger bleibe.

Seine und des Genossen Ledebour sofortige Freilassung, gefordert. Die Anwesenden verpflichten sich ferner, alles daran zu setzen, daß eine Einigung des Proletariats auf revolutionärer Grundlage erfolgt, um allen dringenden Notwendigkeiten der jeweiligen Regierung einen festen Damm entgegenzusetzen.

Die Grenzstreitigkeiten zwischen Konditoren und Gastwirtsgehilfen.

Durch Vermittlung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission kam zwischen der Firma Josty einerseits und dem Verband der Gastwirtsgehilfen sowie dem Verband der Bäcker und Konditoren andererseits eine Einigung zustande, wonach der Betrieb sofort wieder aufgenommen wird.

Lohnbewegung in den Kriegsgesellschaften.

Die allgemeine Geldentwertung und damit verbundene Teuerung hat auch bei den gewerblichen Angestellten der Kriegsgesellschaften das proletarische Klassenbewußtsein wachgerufen und sie veranlaßt, Einspruch gegen das Vorgehen der Direktoren und der vorgeordneten Behörden, des Reichsfinanzamtes, zu erheben, das sehr noch den erwachsenen männlichen Arbeitstäufen einen Lohnerhöhung von wöchentlich 40 Mark, der ganz nach Willkür der Geschäftsführer bis auf 70 Mark erhöht werden kann, zu bieten wagt.

Bei Auslösung und allen Fragen wende man sich an den Kollege Carl Walter im Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelhofer 14/15, Zimmer 38, Tel. Amt Morikplatz 2392 und 4797.

Die Lohnbewegung im Buchhandelsgewerbe.

Nachdem eine aus Mitgliedern des Angestelltenverbandes des Buchhandels-, Buch- und Zeitungsgewerbes und der Sektion der Markthelfer im Deutschen Transportarbeiterverband bestehende Kommission gebildet worden war, sind mit dem Arbeitgeberverband für den deutschen Buchhandel, Ortsgruppe Berlin, Verhandlungen zur Durchführung der Forderungen angebahnt worden.

Die genannten Arbeitnehmerorganisationen rufen an alle noch nicht organisierten Angestellten und Arbeiter im Groß-Berliner Buchhandel die Aufforderung, sich unverzüglich ihren zuständigen Berufsorganisationen, dem Angestellten-Verband und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anzuschließen, um so den aufgestellten Forderungen einen größeren Nachdruck zu verleihen.

In unserem gestrigen Bericht sind einige Fehler unterlaufen, die hiermit richtiggestellt sein sollen. Die Zuschläge auf die Gehälter sollen nach den Wünschen der Versammlung betragen: bei einem Gehalt von 101-150 Mark 200 Prozent, bei 151-200 Mark 150 Prozent, bis 201-300 Mark 125 Prozent, bei 301 bis 400 Mark 100 Prozent, bei über 400 Mark 75 Prozent. Bei den Kleider- und Entschuldigungsgehältern soll ein Unterschied zwischen Verkäuflichen und unverkäuflichen Kriegskriegsmännern nicht gemacht werden.

An die Vertrauensleute des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in der Metallindustrie.

Am Mittwoch, den 2. April, nachmittags 6 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums in der Steinstraße, eine Versammlung der Vertrauensleute des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Bureauangestellten-Verbandes statt, in der über die weiteren Schritte beraten wird.

Reichskonferenz von Delegierten der Angestellten-Ausschüsse der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft Berlin. Am Freitag, den 4. April 1919, abends 8 Uhr, in Leipzig im Burgtheater (Machmarkt). Tagesordnung: 1. Prüfung der Mandate; 2. Wahl eines provisorischen Vorsitzenden; 3. Aussprache (Gesaltregelung usw.); 4. Zusammenfassung; 5. Wahl eines Aktionsausschusses; 6. Verschiedenes.

In einer Mitgliederversammlung des Deutschen Händlerverbandes berichtete Genosse Brandt über die Bemühungen des Verbandes, an die Berliner Gewerkschaftskommission bzw. an die Generalkommission angeschlossen zu werden.

Der Vorstand erhielt von der Versammlung den Auftrag, entsprechende Schritte zu unternehmen. Weiterhin kam Brandt auf die Verhaftung Däumig zu sprechen; er wies die Verhafteten Verdienste am die Arbeiterbewegung, besonders aber um das Nützlichkeits. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gegen die Verhaftung protestiert und die sofortige Freilassung des Verhafteten verlangt.

Bernerwerk S. u. G. Die Funktionäre, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, treffen sich am Donnerstag, 3. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Marfand (Seibetrug). Die U. S. P. D. -Arbeiterkräfte.

Deutscher Werkmeister-Verband. Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, Versammlung förmlicher Fabrikvertrauensleute im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz. Tagesordnung: Wichtige Mitteilungen über Angestelltenbewegung.

Groß-Berlin.

Bekanntmachung.

Der Aktionsausschuß der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins unterbreitete dem Vollzugsrat einen Antrag der Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte, der verlangt, daß die kommunalen Arbeiterräte eine Vertretung im Vollzugsrat erhalten.

Der Vollzugsrat beschloß: „Die Existenzberechtigung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins soll der Entscheidung einer sofort einzuberufenden Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte gemeinsam mit den kommunalen Arbeiterräten überlassen bleiben, desgleichen auch deren Eingliederung bzw. Aufnahme in den Vollzugsrat. Den Parteien wird anheim gestellt, die Frage in ihren Fraktionen zu beraten und der Vollversammlung geeignete Anträge zu unterbreiten.“

Zur Einverständnis mit dem Aktionsausschuß der kommunalen Arbeiterräte berufen wir eine

Vollversammlung

der Groß-Berliner Arbeiterräte und der kommunalen Arbeiterräte ein.

Diese Vollversammlung findet am Sonnabend, den 5. April, vormittags 10 Uhr, in den Kammerböden, Keltower Straße, statt.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins.

gez.: Richard Müller. Paul Neue.

Einwohnerwehr und Mehrheitssozialisten.

Zu welchen Zwecken die Mehrheitssozialisten gebraucht werden, erhebt aus einer Verfügung des Landrats des Kreises Teltow über die Sicherheitswehren. Darin heißt es:

„Diese Wehren sind als Hilfsorganisationen, zur Bekämpfung der Polizei, einzurichten, müssen durchaus politisch unparteiisch sein und dürfen keine politischen Ziele verfolgen. Grundsätzlich müssen die Organisationen der S. P. D. zur Mitarbeit herangezogen werden, weil sonst auf reaktionäre Gesinnung gefolgt wird.“

Als ein Deduzent für reaktionäre Bestrebungen ist die S. P. D. gut genug. Ob ihren Anhängern nicht die Augen aufgehen?

Die Volksbeauftragten in der Kommune.

Der Vollzugsrat hielt am 1. April 1919 eine Sitzung ab, zu welcher die vier Volksbeauftragten der Stadt Berlin geladen und auch erschienen waren. Die Aussprache wurde notwendig, da ein früherer Beschluß des Vollzugsrats zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat.

Die von den Arbeiterräten der städtischen Betriebe geforderte Kontrolle kann sich nur auf diese Betriebe und deren Verwaltungskörper erstrecken, während die Kontrolle der Stadtverwaltung nach wie vor dem Vollzugsrat bzw. dessen Beauftragten zusteht.

Folgender Beschluß gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Der Vollzugsrat übt die Kontrolle über die Stadtverwaltung Berlins aus. Er überträgt diese Kontrolle den vier Volksbeauftragten, die gemeinsam mit dem kommunalen Ausschuß des Vollzugsrates ihre Tätigkeit ausüben.“

Berurteilenswerte Gewaltakte.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts 1 hatte sich wegen Aufrufes und Beihilfe als Mädelshüter der Schneider Hermann Dill zu verantworten. Am 7. März ging eine Kommande der Regierungsruppen durch den Kampfbau der Arbeiter in der Schönhauser Allee. Ein Soldat war von seinen übrigen Kameraden getrennt worden und ging allein die Straße entlang. Da wurde er — wie die Anklageschrift hervorhebt — von einer mehr als tausendköpfigen Menschenmenge erfaßt und unter Gewalt und Beschöpfung über den Soldaten hergefallen sein. Dabei soll sich der Angeklagte ganz besonders hervorgetan haben, indem er die Menge anzuregen, den Soldaten loszuschlagen. Der Angeklagte schlug den dann zu Boden gefallenen Soldaten mit dessen Stahlhelm auf den Kopf und trat mit seinen Stiefeln auf dessen Körper und Gesicht herum, so daß er blutüberströmt datog. Es gelang dem Soldaten, noch einmal zu entkommen, er wurde jedoch eingeholt, und ein Parole sowie der Angeklagte drohten jedem Unheil an, der dem Soldaten zu Hilfe eilen würde. Zwei Männer aber nahmen sich des Mißhandelnden aber doch an und brachten ihn nach dem Lazarett in der Brauerei Köpenick. Die nachströmende Menge rief den Soldaten aber wieder zurück, der nunmehr noch dem Schneider Dill geschleppt und von einem Zivilisten aus der Menschenmenge niedergebissen wurde. Nach dem übereinkommenden Urteil von vier Verurteilten, die dem Angeklagten mit aller Beiläufigkeit wiedererleuten, ist er bei dem ganzen traurigen Geschehen der Hauptverantwortliche gewesen, der sich nicht nur lässlich an den großen Mißhandlungen beteiligt habe, sondern die eKlage, wenn sie schon Ruhe lassen wollte, immer

muss neue aufgeschaltet hatte. — Der Staatsanwalt bedauerte, daß der § 115 für die Mädelstörer nur zehn Jahre Zuchthaus als Höchstmaß im Gesetz bringt. Dieses Höchstmaß sei in diesem Falle gewiß am Platze. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Polizeigeld.

Zwei andere Fälle, die vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts III verhandelt wurden, zeigten, daß die Angriffe auf die Regierungstruppen und die Zusammenrottungen auf der Straße zum Teil auf das ganz unverantwortliche Treiben unreifer junger Burden zurückzuführen sind. Der wegen des Vergessens gegen das Belagerungswort angeklagte Arbeiter Kuffa hat am 8. März auf dem Wilhelmplatz in Charlottenburg einen Unteroffizier von den Regierungstruppen mit den Worten beschimpft: „Ihr Laufjungen, ihr Kojungen, ihr habt doch keinem zu befehlen, wo man gehen soll.“ Dafür verurteilte ihn jetzt das Gericht zu einem Monat Gefängnis. Die anderen Angeklagten, der 19jährige Arbeiter Erich Karp, der 22jährige Arbeiter Gustav Steinborn und der 19jährige Arbeiter Max Voss, haben am 8. März in der Müllerstraße einen patrouillierenden Regierungssoldaten überfallen, ihm ins Gesicht geschlagen und das Gewehr entzogen und an der Vordschwelle zerklüftet. Als die drei Burden später in der Chausseestraße verhaftet wurden, schütteten sie in die Häuser; hierbei fiel ein Schuß, der einen Soldaten in den Arm traf. Bei Karp wurde eine Pistole vorgefunden, es ließ sich jedoch nicht feststellen, ob er den Schuß abgegeben hatte. Der Staatsanwalt beantragte je zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht überwies Karp dem Militärgericht, da er noch Soldat ist. Dagegen wurden Steinborn und Voss über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehend, zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Es sind ohne weiteres große Arbeiten, die besonders von dem erstverurteilten Angeklagten verübt wurden, und eine entsprechende Bestrafung war am Platze. Keinerwegs aber hatten die Regierungstruppen später das Recht, Selbstjustiz zu üben und Schuldige und Unschuldige unter ihren Kolbenschlägen und Flintenschüssen verdrängen zu lassen. Das war mehr als Mord, und wenn die Verurteilten dieselben mit dem gleichen Maßstab gemessen werden würden wie diese Angeklagten, dann hätten sie eine noch viel härtere Strafe zu erwarten. Aber sie laufen noch frei herum und rühmen sich noch ihrer Deliktalen. Das ist der Unterschied, auf den wir hinweisen haben.

Treptow-Baumhofweg. In der letzten Gemeindevertreterversammlung am Mittwoch stand als wichtigster Punkt der Tagesordnung die grundsätzliche Stellungnahme zu dem zwischen den größeren Gemeinden Groß-Berlin und den Verbänden der Arbeiter vereinbarten Tarifverträge. Die Vertretung stimmte dem zu. Um jedoch einen einheitlichen Vertrag zu schaffen, wurde die Spezialberatung einer Kommission überwiesen, die in den nächsten Tagen zusammentreten wird, um zuerst einen entsprechenden Vorschlag festzusetzen, der vorläufig zur Auszahlung gelangen soll, bis der einheitliche Tarif vorliegt. Dasselbe wurde beschlossen bei den Kriegsausführenden, die durch ihren Verband einen Tarifvertrag eingereicht hatten. Diese Kommission wird sich mit allen Arbeitern, Beamten und Angehörigen beraten und es wurde betont, daß in Zukunft diese Beratungen in Anwesenheit der Ausschussvertreter derselben, zu den vorliegenden Forderungen erfolgen werden. — Von unserer Seite gehören die Genossen Schlecht und Lütke diesem Ausschusse an. — Die Neubefugung einiger Kommissionen ging nicht so glatt vonstatten. Genosse Freigang legte in kurzen Worten den Schöffen nahe, ihre Ämter niedergulegen. Der Bürgermeister erlaubte sich, diese Anregung zu rügen. Es wäre eine öffentliche Beschimpfung der Herren, die in jahrelanger Tätigkeit ihrer Schuldigkeit getreu hätten. Der Schöffe Schmidt gab darauf die Erklärung ab, daß sie schon lange sich mit Rücktrittsgedanken begäben, nur auf Wunsch des Bürgermeisters sich aber

zumer noch davon abhalten ließen, damit die laufenden Geschäfte ihren Fortgang nehmen könnten. Die Vertretung beschloß dann, daß auf die nächste Tagesordnung die Neubewählung der Ausschüsse und der Ausschüsse gesetzt werde. Die alten Ausschüsse hatten bisher nicht den Fall befehlen, ihre Tätigkeit einzustellen und so beschloß die Vertretung ferner, daß sie ihre Tätigkeit selbstständig einzustellen haben. — Das konnte dem Gemeindevorstand nun gar nicht passen. Er erlaubte sich dreimal die Mitteilung über den Antrag vorzunehmen. Er bewies bei dieser Gelegenheit, daß er die parlamentarischen Gepflogenheiten nicht kennt, oder nicht kennen wollte. Es soll aber nicht, denn die Majorität war für diesen Antrag. Nach der Antwort, Neuausschüsse für die Vorstände nicht mehr vorzunehmen und die bereits erfolgten wieder rückgängig zu machen, schmerzte ihn sehr. Der Antrag wurde sogar einstimmig angenommen. — Ein weiterer Antrag, dem Gemeindevorstand resp. dem Amtsvorsteher aufzugeben, Angelegenheiten im amtlichen Organ, dem „Treptower Anzeiger“, die für die Beschaffung von Wohnungen Melodungen auszuheben, zu verbieten, wurde einstimmig angenommen mit dem Zusatz, auf Grund des § 9 der Mietverordnungsordnung bei den zuständigen staatlichen Instanzen doch zu wirken. Der Vorsitzende des Hausbesitzervereins, der Demolrat Engel, gebrauchte treffende Worte. Er meinte, ausländische Forderungen müßten von selbst drortigen Instanzen die Aufnahme verweigern. — Das mag gut gemeint sein, aber der Grundgedanke Non olet ist bei vielen Leuten ausschlaggebender als die allgemeine Anständigkeit. — Dem von unseren Genossen eingereichte Antrag, den 1. Mai, den Weltfeiertag der Arbeit, auf die Tagesordnung zu setzen, war der Bürgermeister nicht nachgekommen, weil, wie er sagte, er sich erst mit anderen Instanzen darüber beraten müßte. Aus diesem kleinen Beispiel kann man ersehen, daß der Mann die Zeit immer noch nicht begriffen hat.

Die Bureaukratie der Kommunistischen Partei in der Friedrichstraße 217 resp. Wilhelmstraße 114 sind immer noch militärisch besetzt. Besucher, die dort erscheinen, setzen sich der Unannehmlichkeit aus, von dort ebenfalls anwesenden Kriminalbeamten befristet zu werden. Die kommunistische Partei, die das Exzellenzsträßchen ebenfalls hat wie jede andere Partei, wird dadurch in den Verkehr mit ihren Mitgliedern arg gehindert. Dagegen muß auch hier wieder einmal energig Prolet eingeleitet werden.

Röpenitz. Am Sonntag, 30. März, fanden in Röpenitz die kommunalen Arbeiterwahlen statt. Die Beteiligung war leider eine geringe; dennoch können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Auf die Liste der U. S. P. D. entfielen 1061 Stimmen, auf die der Freiheit 701 Stimmen. Es sind gewählt: von der U. S. P. D. 9 und von der Freiheit 3 Mitglieder.

Sozialistische Studentenpartei. Die heutige Mitgliederversammlung in der Viktorienstraße 33 läßt aus. Dafür findet am 7. April im Auditorium 140 der Universität eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Aufgehoben dringend erwünscht.

Lebensmittellisten.

Berlin. Der für solche Riche geltende Abschnitt der Berliner Bezugskarte C 2 wird außer Kraft gesetzt. Mit Wirkung vom 1. April werden von nun an auf V v 1/2 Kilogramm solche Riche abgegeben. Die außerdem aufgeführten Maße R r bleibt weiter bestehen, so daß sowohl für V v als auch R r je 1/2 Kilogramm solche Riche entnommen werden können. — Die Freitag, den 4. April, in den Bezirken der P., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100. und 230 Brotkommissionen p. s. Kost 126 Gramm Riche.

Spenhau. Die zu verabschiedende Fleischmenge wird noch bekanntgegeben. Als Ersatz für die in den letzten beiden Wochen um je 50 Gramm gekürzte Fleischmenge werden 100 Gramm Erbsen vorausgesetzt. In Speisekarten werden 40 Gramm Butter und 70 Gramm Margarine, Kartoffeln 5 Pfund zur Verteilung gelangen. Für die gekürzten 2 Pfund Kartoffeln werden andere Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden. Ferner werden 100 Gramm Marmelade verteilt. Die Verteilung von Wäsche wird fortgesetzt. — In einem großen Anzahl von Geschäften sind auch Suppen gegen Mitrechnung von Geld mit der Lebensmittelkarte zu haben.

Pankow. Vom Mittwoch, den 2. April, ab, werden in den bekannten Geschäften auf die Bezugs- und Quittungsabteilung 31 und

32 der Lebensmittelkarte für je 100 Gramm 100 Gramm, also zusammen 200 Gramm Korpentrost zum Preise von 4 Pfennigen abgegeben. In dieser Woche werden auf A-Karten 1/2 Liter, auf B-Karten 1/2 Liter und auf C-Karten 1/2 Liter Milch verabschiedet. Die B-Karten-Konten können infolge erheblicher Verminderung des Angebotes an Milch zum 1. April ab nur einen Tag um den anderen mit Milch beliefert werden. Gegen Mitrechnung des Bezugs- und Quittungsabteilung 3 von der allgemeinen Lebensmittelkarte 150 Gramm Milch zum Preise von 15 Pfennigen.

Rommes. Am Mittwoch findet in der Zeit von 8-1 Uhr der Verkauf von Essigsäure in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises statt: Bahnhof Nr. 2251-2750, Prommet Nr. 4521-5023, Müller Nr. 1789-2287, Ruhow Nr. 2408 bis 2907, Ziegenstr. Nr. 2647-3148.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beeslow.

Donnerstag, den 3. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, findet im Bureau Neufuß, Redarstr. 3, eine Sitzung des Kreisvorstandes statt. Die am Sonntag in der Gemeindevertreterkonferenz gewählten beiden Landesräte nehmen ebenfalls daran teil.

Am gleichen Tage findet die Ausgabe der Flugblätter statt. Die Liste werden ersucht, dieselben im Laufe des Nachmittags um 5 Uhr ab vom Bureau abzuholen.

Niederbarnim. Die Konferenz der Gemeindevertreter und Stadtverordneten am Sonntag findet um 9 Uhr, nicht, wie angekündigt, um 10 Uhr, statt.

Schiller Kreis, 1. Abteilung. Am Mittwoch, den 2. April, abends 7 Uhr, findet in der Eddow-Brauerei, Engländer Allee 212/217, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Vorsteher. — 2. Abteilung. Am Mittwoch, den 2. April, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Strauß, Doppelallee 25. Tagesordnung: Bericht vom Vorsteher. — 3. Abteilung. Am Mittwoch, den 2. April, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Weinmünder Gesellschaftshaus, Weinmünder Str. 49. Tagesordnung: Bericht vom Vorsteher. Wir ersuchen in allen Versammlungen um pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Schiller Kreis, 4. Abteilung. Am Mittwoch, 2. April, abends 7 Uhr, Fortsetzung der Mitgliederversammlung in der Schulstraße, Senefelderstraße 6. Diskussion über den Bericht vom Vorsteher.

Reuhöfen. Diejenigen Genossen und Genossinnen die sich der Bibliothekskommission zur Verfügung stellen wollen, treffen sich am Donnerstag, den 4. April, abends 7 Uhr, in der Bibliothek.

Stralitz. Donnerstag, 3. April, abends 7 Uhr, Generalsitzung in der Festhalle der Realschule am Stubenrauchplatz (Doppelstraße, Ecke Florstraße). Bericht des Vorstandes und Neuwahl des Vorstandes.

Schöneberg. Mittwoch, 2. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Belgischer Straße 48/53, als Fortsetzung der Versammlung vom 26. März eine Mitgliederversammlung.

Tempelhof. Wir machen auf den am 5. April stattfindenden Dantenabend aufmerksam. Billig sind bei folgenden Genossen zu haben: Großling, Fr., Kronstr. 14; Ziebel, Dorstr. 52; Hermann, Albinstr. 58; Arndt, Ederheimer Str. 3; Kramer, Fr., Karlstr. 112; Bogdoff, Holtekstr. 17; sowie in der „Freiheit“-Expedition, Werderstraße 81 (Ecken).

Karlshorst. Donnerstag, 3. April, abends 7 Uhr, im Gesellschaftshaus, Kugelschloß-Str. 41, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. — 2. Wahl der Bezirksleitung. — 3. Diskussion über Räteprogramm oder Parlamentarismus. — Mitgliederbuch ist mitzubringen.

Freie sozialistische Jugend Reuhöfen. Mittwoch, den 2. April 1919, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Kogalstraße 15, Vortrag: Das Räteprogramm.

Freie Jugend Pankow-Niederbarnim. Mittwoch, 2. April, abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft bei Schmidt, Pankow, Florstr. 15, Eingang Südostseite.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Dielepp, Reuhöfen. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des Lindenbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19

4. Kreis. Speditionswechsel. 4. Kreis.

Die Spedition Paul, Langestr. 16, wird mit dem heutigen Tage zu Zimmer, Strausbergerstr. 24, verlegt. Paul wird da er von heute an unsere Zeitung nicht mehr bestellen und demgemäß für den Monat April nicht mehr kassieren. Die Abonnentenquittungen pro April müssen den Firmastempel Zimmer und dessen eigenhändige Unterschrift tragen.

Wir bitten alle unsere Abonnenten, welche bisher durch Paul die Zeitung erhielten, ihre Adresse sofort dem neuen Speditur Zimmer, Strausbergerstr. 24, mittels Postkarte oder persönlich mitzutellen, damit in der Zustellung der Zeitung eine durch den Speditionswechsel allentfalls mögliche Unterbrechung nicht eintritt.

Verlag „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Neue Spedition.

Für die Ostpreußen Wilkau, Königsruherhausen, Niederlehme und Jermoloff ist vom 1. April l. J. eine neue Spedition bei Richard Köhler, Wilkau, Schwarzkopffstraße 87, eröffnet. Wir bitten alle unsere Abonnenten, auch solche, die bisher durch die Post bezogen haben, unsere Zeitung nunmehr bei dem genannten Speditur zu bestellen. Die Zeitung wird zweimal täglich durch Botenfrauen ins Haus gebracht.

Verlag „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. Vernarbte, hartnäckige Harnleiden u. A. u. S. u. S. Geschwüre, Ausschlag etc. Mennschwäche, Eintrich-Hata-Salvarsan-Kuren, Harnröhren-Entzündung, Licht- und Finsen-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrisches u. mediz. Bäder, Harnröhren separat. Aerztlich geleitete Heilanstalt.

Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Zähne 2 Mark! 4. — Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk

schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie. Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 20 Mark an. Keine Luxuspreise. Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis **Hatvani** Danziger Strasse 1

Ecke Schulhäuser Allee, Eingang Danziger Straße. Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntag und Feiertage 9-12. In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert. :: friedenhait geliebt. ::

Piano

oder Flügel, sowohl Konzert- als auch Salon- und Familien-Pianos, in allen Preislagen. Spezialität: Reparaturen. Pianos- und Flügelbau.

Kapellmeister, Kabel, Litzenstraße 20, höchster Tagungspreis. Elektro-Ölra. Langestr. 27. P. K. Andriess, Allee 19/20.

Platina

Gramm 10 Mk., Gebiss, Gold, Silber, Platin, Stahl, Zinn, Eisen, Messing, Bronze, Kupfer, Nickel, Aluminium, etc.

Spiralbohrer

Gramm 10 Mk., Gebiss, Gold, Silber, Platin, Stahl, Zinn, Eisen, Messing, Bronze, Kupfer, Nickel, Aluminium, etc.

Grammophon

Gramm 10 Mk., Gebiss, Gold, Silber, Platin, Stahl, Zinn, Eisen, Messing, Bronze, Kupfer, Nickel, Aluminium, etc.

Platina

Gramm 10 Mk., Gebiss, Gold, Silber, Platin, Stahl, Zinn, Eisen, Messing, Bronze, Kupfer, Nickel, Aluminium, etc.

Sektorkorke

Gramm 10 Mk., Gebiss, Gold, Silber, Platin, Stahl, Zinn, Eisen, Messing, Bronze, Kupfer, Nickel, Aluminium, etc.

PIANOS Adam, Münzstr. 16

große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellten, sowie neuer Pianos, Pianerplatten, weiße Flügel, Kapselspannung 1800 Mark. Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Deflektische Berliner Vororte.

Speditionswechsel.

Die Speditionsfirma Großkopf gibt vom 1. April l. J. an die Bestellungen unserer Zeitung auf. Wir werden daher die Abonnements von diesem Tage an vorläufig der Post überweisen.

Um eine Unterbrechung in der Zustellung zu vermeiden, bitten wir alle unsere Abonnenten, welche bisher die Zeitung durch Großkopf erhielten, ihre Adresse sofort mittels Postkarte uns bekanntzugeben.

Verlag „Freiheit“, e. G. m. b. H.

Reizende

Schlaflosigkeit, Speichelfluss, Kopfschmerzen, Migräne, etc. Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc. Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc.

Möbel-Rath

Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc. Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc.

Spezial-Arzt I. Uscioloni

Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc. Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc.

Dir. Löser senior

Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc. Reizende, spezialisiert auf die Behandlung von Reizungen, Kopfschmerzen, Migräne, etc.



Karbid-Lampen

zu Fabrikpreisen von 3,50 M. an bis 21 M.

Prima Ausführung!

Jede Lampe ausprobiert!

Nachauwärts Versand per Nachnahme, Porto extra. Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Kein Laden, keine Ladenmiets.

Fabriklager

Franz Borowicz

Berlin SO 16

Waldemarstraße 27.

Telefon: Amt Moritzplatz 4675, 4676.

Speditionswechsel!

Unsere bisherigen Speditoren C. F. Neumann, C. Gedner, 21 und S. Walter, Wm., Koenigsstr. 2, werden mit 1. April zu Otto Zacher, An der Fischerbrücke 2 (Laden) verlegt.

Wir bitten alle unsere Abonnenten, welche unsere Zeitung bisher durch die oben genannten Speditoren erhalten haben, unverzüglich ihre Adressen mittels Postkarte dem neuen Speditur Otto Zacher, An der Fischerbrücke 2 (Laden), bekanntzugeben, um auf diese Weise die durch den Speditionswechsel allentfalls mögliche Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung zu vermeiden.

Verlag „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe

48 Seiten. Preis 35 Pf.

Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse. Soeben erschienen. Zu beziehen durch unsern Verlag und Speditoren, Buchhandlungen, Zeitungshändler.

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“ e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19